



Apropos Europa von Frank Baasner

Am 22. Januar jährt sich zum 60. Mal die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, des sogenannten deutsch-französischen Freundschaftsvertrags. Wenige Monate nach dem bemerkenswerten Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Deutschland, der in Ludwigsburg am 9. September 1962 mit der Rede an die deutsche Jugend endete, wurde mit den Unterschriften der beiden alten, großen Staatsmänner de Gaulle und Adenauer ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufgeschlagen.

Zahllose Veranstaltungen und Publikationen werden diesen Moment feiern, und oft wird zu lesen sein, dass Adenauer und de Gaulle die deutsch-französische Freundschaft begründet haben. Wir in Ludwigsburg und Baden-Württemberg wissen es besser: Die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags ist vielleicht die politische Krönung des Annäherungsprozesses, der aber viel früher auf

kommunaler Ebene der Zivilgesellschaft begann und der auch politisch mit der 1950 von Robert Schuman angekündigten Montan-Union und den Europäischen Verträgen von 1957 weit vorangeschritten war. Das soll die Verdienste um den bilateralen Kooperationsvertrag nicht schmälern, aber es ist wichtig zu unterstreichen, dass die deutsch-französischen Beziehungen sowohl von der Zivilgesellschaft als auch von der Politik getragen werden.

Kürzlich wurde ich gefragt, ob das neue Jahr ein gutes deutsch-französisches Jahr würde. Das ist schwer vorherzusagen, denn zu viele Interessenkonflikte und divergierende Sichtweisen machen Kompromisse zwischen Berlin und Paris sehr schwierig. Die Fähigkeit, gemeinsam Horizonte für europäische Lösungen aufzuzeigen, war schon besser ausgeprägt. Der innenpolitische Handlungsdruck ist in beiden Ländern groß und bindet die Kräfte: Frankreich kämpft für eine Rentenreform –

diese Debatte nimmt auch in Deutschland Fahrt auf – und in Deutschland hat die Regierung alle Mühe, die Koalition zusammenzuhalten. Meinungsverschiedenheiten in der Energie- und Verteidigungspolitik kommen hinzu.

Andererseits bieten Jubiläen die Möglichkeit, die Aufmerksamkeit zu nutzen und zukunftsorientiert zu denken. Das werden wir am dftun. Unser Deutsch-Französisches Institut wird im Sommer 2023 stolze 75 Jahre alt. Das ist eine Verpflichtung, die wir in die Zukunft tragen wollen. Wir sind davon überzeugt, dass die Mitwirkung der Bevölkerungen bei den weiteren Schritten der europäischen Einigung von entscheidender Bedeutung sein wird. Wenn die Politik auf nationaler und auch auf europäischer Ebene die Prioritäten der Menschen ernst nimmt, und nicht nur in den Wahljahren, dann kann eine neue Dynamik zugunsten der europäischen Idee entstehen.

Die europaweite Konferenz für die Zukunft Europas war ein Versuch der Beteiligung, aber natürlich können 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger sich nicht durch ein einziges Gremium repräsentiert fühlen. Wir werden einen anderen Weg wählen und eine repräsentative Meinungsfrage in Deutschland, Frankreich und Italien in Auftrag geben. Italien deshalb, weil mit den genannten drei Ländern etwa zwei Drittel der Wirtschaftskraft der Eurozone erfasst sind und dazu mehr als 45 Prozent der gesamten Bevölkerung der EU. Ausgehend von den Ergebnissen der Umfrage, die sich vor allem mit den großen Zukunftsthemen befassen soll, wird ein Bild der Erwartungen, Hoffnungen und Sorgen der Menschen gezeichnet, das es zu interpretieren gilt.

Unser Ziel ist es weiterhin, mit einer kleineren Gruppe junger Menschen aus mehreren europäischen Staaten dieselben Zukunftsfragen zu diskutieren. Es

wird interessant sein zu überprüfen, ob die jüngeren Generationen tatsächlich so anders ticken als die mittleren und älteren. Vielleicht ähneln sich die Sorgen und Hoffnungen mehr, als wir denken, und möglicherweise unterscheiden sich vor allem die Formen des Engagements.

Entscheidend bei allen Bemühungen um neue gesellschaftliche Dynamiken zugunsten der europäischen Einigung ist der Dialog: zwischen Vertretern der gesellschaftlichen Praxis vor Ort und den Persönlichkeiten, die in politischer Verantwortung stehen, ebenso wie zwischen den Generationen. Gegenseitige Vorwürfe, wie sie in der aktuell sehr aufgeheizten Atmosphäre oft zu hören sind, helfen nicht weiter und sind dem Ernst der Lage auch nicht angemessen.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie Frank Baasner, dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, an leserbriefe@lkz.de